

“Muss die EU bei Migration, Sicherheit und Energie souveräner und durchsetzungstärker werden?”

Ergebnisse der 6. Runde der Europäischen HausParlamente von Pulse of Europe e.V.



EUROPEAN HOMEPARLIAMENTS

 EUROPÄISCHE HAUSPARLAMENTE	 PARLAMENTO DE LAS CÁMARAS EUROPEAS
 DÉBATS PARTICIPATIFS EUROPÉENS	 EUROPEJSKIE PARLAMENTY DOMOWE
 EUROPEAN HOMEPARLIAMENTS	 PARLAMENTOS EM CASA EUROPEUS
 PARLAMENTICASE EUROPEI	 EURÓPAI RÉSZVÉTELI VITÁK

Oktober, 2022

Liebe Teilnehmer*innen,
liebe Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags,

die sechste Runde der Europäischen HausParlamente diskutierte, im Angesicht des russischen Überfalls auf die Ukraine, zentrale Fragen zu europäischer **Sicherheit und Souveränität**. Vom **11. Juni 2022 bis 17. September 2022** tauschten **569 Menschen** aus **17** europäischen Ländern ihre Meinungen und Wünsche zu drei Reformvorschlägen unter der Leitfrage "Muss die EU bei Migration, Sicherheit und Energie souveräner und durchsetzungsstärker werden?" aus.

Von den **78** veranstalteten Europäische HausParlamenten fanden **52 offline** und **26 online** statt.

Der vorliegende Bericht gibt eine Übersicht über die Ergebnisse und Argumente.

Das Europäische HausParlamente Team von Pulse of Europe

Hintergrund der 6. Runde der Europäischen HausParlamente

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine tiefe Zäsur für Europa. Nicht nur die Unabhängigkeit eines einzelnen Staates ist in unmittelbarer Gefahr, sondern der gesamte Westen mit seinen Werten, demokratischen Gepflogenheiten und Wohlstand wird herausgefordert. Der Krieg legt die Schwächen des vereinten Europas schonungslos offen. Abhängigkeiten von fossilen Rohstoffimporten, ein ungeklärter Umgang mit Geflüchteten aus vielen Teilen der Welt und fehlende militärische Fähigkeiten haben die EU-Staaten anfällig für äußere Angriffe und Destabilisierungsversuche gemacht. Und überdies wird die EU nicht als maßgebliche Akteurin in Sicherheits- und Ressourcenfragen wahrgenommen. Oft genug sind es die USA, China und Russland, die den Kurs bestimmen. Die EU muss daher souveräner und durchsetzungsstärker werden. Dazu gehört eine "Zeitenwende" in den Schlüsselbereichen Migration, Sicherheit und Energie. In diesem Europäischen HausParlament sollen drei konkrete Vorschläge für ein souveränes Europa diskutiert und debattiert werden.

Internationale Kick-Off Veranstaltung

Am 11. Juni 2022 veranstalten wir ein internationales digitales Kick-Off Event zur 6. Runde der Europäischen HausParlamente. Rund 70 Teilnehmende aus fünf Ländern beteiligten sich und diskutierten in digitalen Live-HausParlamenten die Fragen der neuen Runde. Anschließend nahm Manfred Weber direkt Stellung zu den Ergebnissen.



Ergebnisse der 6. Runde der Europäischen HausParlamente

Frage 1 – „Soll bereits außerhalb der EU geprüft und entschieden werden, ob Menschen Anspruch auf Asyl in der EU haben?“

Mehrere Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer mussten ihr Land verlassen. Das verweist auch auf die ungelöste Frage der Migration in der EU. Aktuell gilt das Dublin-Verfahren. Es ist ein komplexes und umstrittenes System, dessen Ziel es ist, festzulegen, welcher der europäischen Staaten für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Bisher wird der Asylantrag auf dem Hoheitsgebiet des EU-Staates gestellt, in dem die Schutzsuchenden ankommen. Das Dublin-Verfahren kommt jedoch operativ immer öfter an seine Grenzen. Mit Blick auch auf zukünftig zu erwartende Fluchtbewegungen auf Grund von Kriegen oder Klimakatastrophen sind neue Ideen gefragt. Es wird vorgeschlagen ein Verfahren zu entwickeln, dass bereits außerhalb der EU – beispielsweise in Botschaften oder eigenen EU-Migrationszentren in Krisenstaaten – Asylanträge gestellt werden können und dort über Aufenthaltsanspruch entschieden wird.

+ Pro

Verringert Migrationsdruck an den EU-Außengrenzen und auf einzelne Mitgliedstaaten.

Schafft schneller Klarheit für Schutzsuchende und EU-Staaten.

Asylberechtigte können auf lebensgefährliche Flucht verzichten und legale Reisemöglichkeiten nutzen.

- Contra

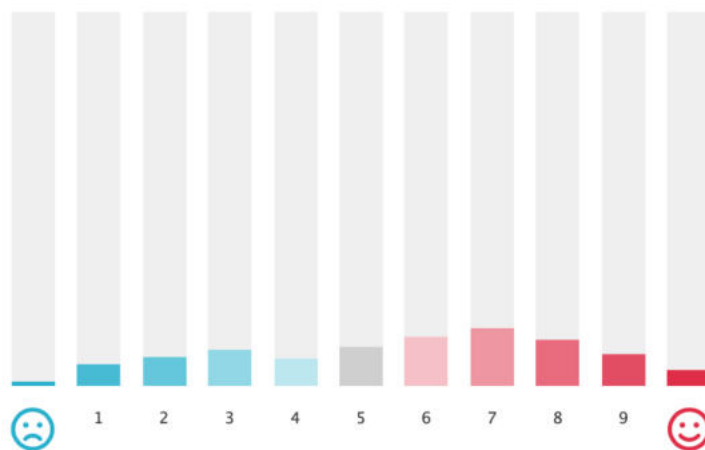
In Krisen- oder Kriegssituationen ist ein Antrag und Verfahren vor Ort nicht immer möglich, da Menschen flüchten müssen.

Kann illegale Migration fördern, wenn Prüfung im Herkunftsland negativ ausfällt und zu einer Flut an Asylanträgen in Krisengebieten führen.

Prüfung im Herkunftsland funktioniert nur, wenn gemeinsame europäische Migrationspolitik und Verteilung nach Quoten gesichert ist.

Eine Mehrheit der EHP-Teilnehmenden spricht sich für den Vorschlag aus, dass schon außerhalb der EU ein potenzieller Asylanspruch geprüft werden soll. Besonders hoch liegen die Abstimmungswerte zwischen 6-8. Nur ein Bruchteil der Teilnehmenden bewertet den Vorschlag sehr kritisch mit einem Abstimmungswert zwischen 1 und 2.

1. Soll bereits außerhalb der EU geprüft und entschieden werden, ob Menschen Anspruch auf Asyl in der EU haben?



Tendenz (Median)

6

Mittelwert

5.6

Die Abstimmungsergebnisse setzen sich aus 568 eingetragenen Ergebnissen zusammen.

Teilnehmenden brachten weitere interessante Pro- und Contra-Argumente ein. Eine Auswahl zeigen wir hier. Es hat sich in der Debatte gezeigt, dass diese Frage besonders stark, aber auch kreativ diskutiert wurde.

Braucht gemeinsame Standards und Kriterien der Auswahl (EU-weit abgestimmt)

Zweifel, ob hinreichend sorgfältige Fallprüfung möglich

Vorschlag: Onlineverfahren statt nur physischer Orte und Verfahren

Die Menschen in Flüchtlingsländern verfügen fast alle über Smartphones. Ein Asylantrag sollte über Smartphone gestellt werden können

Would be a revolutionary approach that could be a role model for other world regions.

Is it really a reality? What kind of infrastructure is needed?

Frage 2 – „Soll die EU mit einer eigenen Armee Einsätze in anderen Ländern unternehmen, um diese zu stabilisieren und zu befrieden?“

Europas Nachbarschaft wird zunehmend instabiler und unsicherer, wie sich auf erschreckende Art und Weise am Überfall auf die Ukraine zeigt. Schon heute führt die EU sogenannte "Peacekeeping Missions" durch, beispielsweise in Georgien oder auf dem afrikanischen Kontinent. Ziel dieser Missionen ist es, die Demokratie zu fördern, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, lokale Kräfte auszubilden und die Grenzen zu überwachen. Mit einer eigenen EU-Armee, die zusätzlich zu den nationalen Streitkräften geschaffen werden kann, könnte die EU noch einen Schritt weiter gehen. Sie könnte im Notfall in Konflikte auch militärisch eingreifen – beispielsweise im Fall eines Genozids – und eine aktive Rolle bei der Stabilisierung und Befriedung von anderen Staaten übernehmen. Dies ist insofern bedeutsam, sollte die NATO als Stabilitätsanker ausfallen, etwa durch veränderte Machtverhältnisse und antidemokratische Kräfte in den USA. Die EU-Streitkraft kann zunächst als eigene Streitkraft neben den nationalen Armeen etabliert werden. Sie kann den drei wichtigen EU-Organen (Rat, Kommission und Parlament) direkt unterstehen.

+ Pro

EU erhält die Möglichkeit, Demokratie und Menschenrechte auch außerhalb der EU zu schützen.

Die EU wird unabhängiger von den USA und kann ihre sicherheitspolitischen Interessen selbstbewusster und eigenständiger vertreten.

Eine eigene EU-Streitkraft kann schnell und geschlossen auf Krisen reagieren und spart Ressourcen.

- Contra

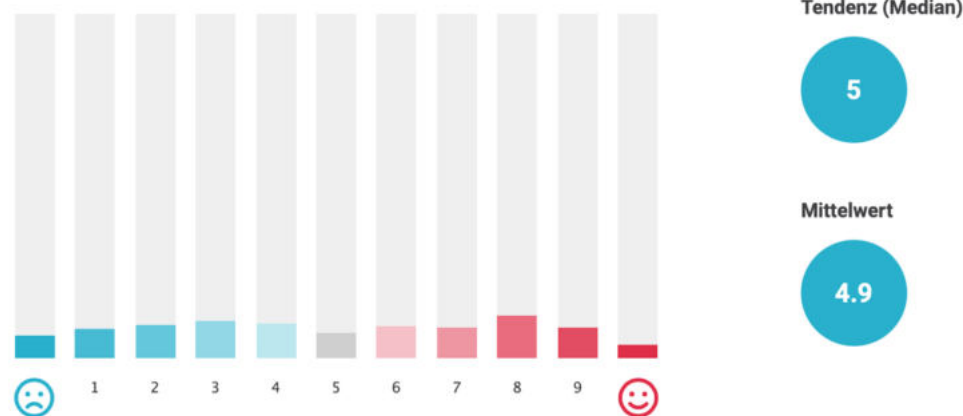
Souveränität anderer Staaten wird durch EU-Interventionspolitik verletzt.

Risiko einer Eskalation militärischer Konflikte steigt.

Die bisherige integrative Soft-Power-Stärke der EU sollte nicht durch eine militärische Hard-Power-Orientierung unterminiert werden.

Die Frage nach einer eigenen EU-Armee führte zu lebendigen Debatten unter den Teilnehmenden. Im Abstimmungsergebnis zeigt sich, wie stark die Idee polarisiert und vielfältige Meinungen dazu existieren. Das Ergebnis zeigt sich relativ ausgewogen, mit einem Mittelwert von 4,9 teilt sich das Feld fast ausgeglichen zwischen Unterstützer:innen und Kritikern der Idee. Auffällig ist, dass viele Teilnehmende mit einem Wert 3 oder 8 abgestimmt haben und somit sich dem Mittelfeld annähern.

2. Soll die EU mit einer eigenen Armee Einsätze in anderen Ländern unternehmen, um diese zu stabilisieren und zu befrieden?



Die Abstimmungsergebnisse setzen sich aus 568 eingetragenen Ergebnissen zusammen.

Die Polarisierung der Idee zeigt sich auch in den von den Teilnehmenden eingebrachten Pro- und Contra-Argumenten. Hier eine Auswahl:

Eine EU-Armee wird eines Tages kommen. Nur so, können wir im Kräftespiel zwischen USA und China bestehen.

Befehlskette muss klar geregelt werden, da es sonst zu schweren inneneuropäischen Differenzen kommen kann.

Would give foreign policy weight to the EU. Military power also means a more coordinated EU approach from the Member States.

Eurozentrismus vermeiden

Small states would benefit from a European army and a united European security strategy

EU Armee wird die NATO schwächen. NATO stärken wäre wichtiger.

Frage 3 – „Sollen Neubauten und Haussanierungen in der EU, die keine erneuerbaren Energien (Solar, Wind, Geothermie etc.) integrieren, nicht mehr genehmigt werden?“

Noch sind fossile Energien der Treibstoff und die Grundlage von Europas Wohlstand in einem globalisierten Wirtschaftssystem. Das wird zum Problem in Krisenfällen. Dann gefährdet die Abhängigkeit von Energieimporten, wie beispielsweise aus Russland, Europas Wirtschaft und sozialen Frieden. Zusätzlich verschärft die kontinuierliche Nutzung fossiler Brennstoffe die Klimakatastrophe, wie die jüngsten IPCC zeigen. Die EU muss unabhängiger von Energieimporten werden und ihre Klimaziele erreichen. Es soll diskutiert werden, ob eine neue Richtlinie etabliert werden soll, die Neubauten (privat wie öffentlich), die keine regenerativen Energien integrieren (Solar, Wind, Geothermie etc.), untersagt. Dies gilt auch für die energetische Sanierung von Einfamilien- sowie Mehrfamilienhäuser im Bestand.

+ Pro

Abkehr von fossilen Energien und Umstellung auf erneuerbare Energien braucht Druck, sonst bewegt sich der Markt nicht.

Schneller Umstieg auf erneuerbare Energien schützt Bürgerinnen und Bürger vor zukünftigen Preisschocks und senkt die Abhängigkeit von Importen.

Mit Solar, Wind, Wärmepumpen, Geothermie und Co. existieren schon heute zuverlässige Technologien für die Umstellung.

- Contra

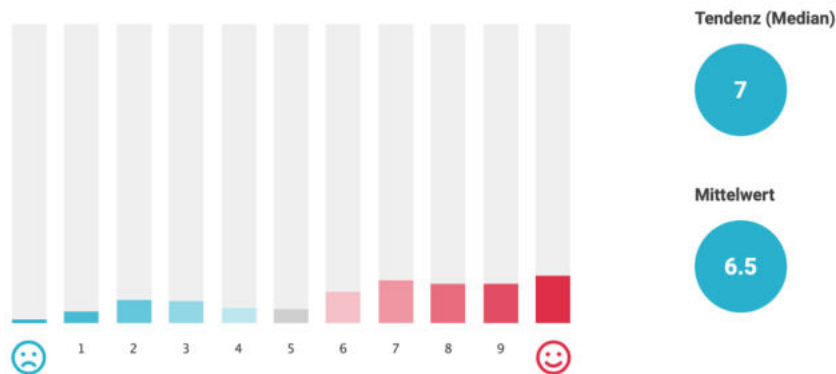
Verbote sind kein überzeugendes Mittel für Technologiewandel und verändertes Verhalten.

Leistungen der erneuerbaren Energien schwanken je nach Wetterlage und ermöglichen ohne ausreichende Speicher und Leitungen keine stabile Versorgung.

Windräder und Solarfelder verschandeln die Landschaft und Siedlungen.

Ein großer Teil der Teilnehmenden zeigt sich offen für die Idee einer strengeren Regulierung und verschärften Vorschriften für einen klimafreundlichen Umbau von Gebäuden. Mit einem Mittelwert von 6.5 unterstützt ein großer Teil der EHP-Teilnehmenden den Vorschlag. Besonders auffällig sind die hohen Abstimmungswerte zwischen 9 und 10.

3. Sollen Neubauten und Haussanierungen in der EU, die keine erneuerbaren Energien (Solar, Wind, Geothermie etc.) integrieren, nicht mehr genehmigt werden?



Die Abstimmungsergebnisse setzen sich aus 568 eingetragenen Ergebnissen zusammen.

In der Debatte brachten Teilnehmende weitere interessante Pro- und Contra-Argumente ein. Darunter diese:

Richtlinie sollte auch den Anteil der Erneuerbaren Energien angeben.

Wenn die Verpflichtung von Bauherren zu einer finanziellen Belastung für die Bürger führt, könnte dies bei den nächsten Wahlen zu einem enormen Rechtsruck und einer Anti-Klimapolitik bis hin zu einer europafreundlichen Politik (durch eine Stärkung rechter Parteien) führen.

Es müsste parallel das Problem des Mangels an Handwerkern und Fachpersonal angegangen werden, um die Umbaumaßnahmen realisieren zu können.

Braucht umfangreiche Investitionen und Speichertechnologien, da sonst Stromnetz nicht genügend Flexibilität zur Verfügung stellt.

Energiesicherheit und Unabhängigkeit von Importen ist Allgemeininteresse und damit auch Interesse vom privaten Bürger.

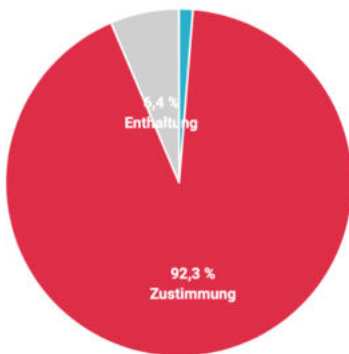
Not all countries may have the adequate technologies to renovate and build in this matter.

It's a long-term goal for the whole of humanity. But incentivize, not ban!




Altbausanierung und energetische Verbesserungen im Bestand sollten Vorrang haben.

Gesamtabstimmungsergebnis

Muss die EU bei Migration, Sicherheit und Energie souveräner und durchsetzungsstärker werden?



78
Treffen

	Zustimmungen	72
	Ablehnungen	1
	Enthaltungen	5

Eindrücke aus den Europäischen HausParlamenten der 6. Runde

